

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends

Abonnementspreis 3 M pro Quartal bei freier Zusendung unter Kreuzband 4 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:

Hamburg 36, Alster-Terrasse Nr. 10
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:

Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Zurück zur Arbeit.

Einreihung der Arbeitslosen in die Produktion.

Verfolgt man die Wirtschaftslage in Deutschland auf Grund der Produktionszahlen, dann macht man die — auf den ersten Blick vielleicht überraschende — Feststellung, daß seit der Rationalisierungskrise von 1926 die Aufwärtsbewegung nur kurz und ohne nachhaltige Wirkung unterbrochen wurde von dem anormalen Winter 1928/1929.

Verfolgt man aber die Wirtschaftslage auf Grund der Zahl der Arbeitssuchenden, dann scheint in Deutschland ein unaufhaltsamer Wirtschaftsverfall sich breit zu machen. Im Monatsdurchschnitt waren 1927 bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen 1 500 593 Arbeitssuchende eingetragen. 1928 waren es bereits 1 621 260; im Jahre 1929 sprang die Durchschnittszahl auf 2 062 159. Die Steigerung scheint sich in immer schnellerem Tempo zu vollziehen. Obwohl wir einen sehr milden Winter haben, sind jetzt schon die Katastrophenzahlen des letzten Winters überschritten.

Jedem Gewerkschafter ist ohne weiteres klar, wo die Ursache dieser nur scheinbar widerspruchsvollen Entwicklung liegt: steigende Produktion, verbunden mit steigender Arbeitslosigkeit. Es handelt sich hier um die Wirkung der Technisierung, durch Rationalisierung und Konzentrierung. Jedem Gewerkschafter ist auch klar, daß dieser Prozeß nicht aufgehalten werden kann. Aber wenn die Rationalisierung nicht aufgehalten werden kann, so handelt es sich darum, deren nachteilige Wirkungen nach Möglichkeit abzuwehren. Die Rationalisierung ist im Grunde sehr alt. Auch vor dem Kriege gab es einen unaufhaltsamen Fortschritt in der Technisierung der Industrie. Da er sich aber langsam und gleichmäßig vollzog, oft sogar erst unter dem doppelten Druck der Konkurrenz und der erfolgreichen Gewerkschaftsbewegung, konnten Arbeitszeit und Löhne der Technisierung angepaßt werden. Der Krieg und die Inflation haben die Unternehmer in Deutschland der Mühe enthoben, mit den technischen Fortschritten der ausländischen Industrie gleichen Schritt zu halten oder gar zu versuchen, diese zu überflügeln. Es war also 1926, nachdem der größte Warenhuber des Inlandes nach der Inflation gestillt war, ein großer Sprung zu machen, um die Amerikaner einzuholen. Unter dem doppelten Sporn der Dameszahlungen und des hohen inländischen Zinsfußes muß die deutsche Industrie ständig bemüht sein, die ausländische

Konkurrenz zu überflügeln. Die Rehrseite dieser Zwangslage sind die hohen, wachsenden Arbeitslosenzahlen. Der Gleichschritt zwischen Technisierung und Steigerung der Massenkaufkraft, beziehungsweise der Verkürzung der Arbeitszeit, ist zerstört. Die beiden letzteren bleiben immer mehr zurück.

Da aber die deutsche Industrie auch nach dem Youngplan Auslandszahlungen wird aufbringen müssen und da noch Jahre vergehen werden, ehe das durch die Inflation vernichtete deutsche Sparkapital so weit aufgefüllt sein wird, daß der Zinsfuß auf das internationale Niveau gesenkt werden können, scheint die Ausschaltung der Arbeitskräfte, somit die Arbeitslosigkeit ein chronisches, vorläufig unheilbares Uebel in Deutschland zu werden.

Die Massenarbeitslosigkeit führt zur Wirtschaftskrise und zum Stillstand. Denn die Arbeitslosen scheiden als Käufer auf dem Markt der Fertigfabrikate aus. Dies führt zur Minderbeschäftigung der Industrie und dies bedeutet Unrentabilität; denn der rationalisierte Betrieb ist auf der intensiven Ausnutzung der Produktionsmittel aufgebaut.

Einreihung der Arbeitslosen in die Produktion ist also das Gebot der Stunde. In Industrie und Handel sind heute etwa 17 bis 18 Millionen Menschen beschäftigt, bei einer regelmäßigen Arbeitszeit von durchschnittlich etwa 50 Stunden, die durch die Unter- und Ueberstreichung gegenwärtig tatsächlich vielleicht 49 Stunden die Woche betragen wird. Abzüglich der Saisonarbeitslosen dürfte die durchschnittliche ständige Arbeitslosenzahl heute nahe an zwei Millionen betragen. Roh gerechnet würde also eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit um fünf auf 44 Stunden die Woche ausreichen, um alle Arbeitssuchenden in Arbeit zu bringen.

Aber würde das nicht nur eine gleichmäßigere Verteilung des Elends bedeuten? Und eine weitere Belastung der Unternehmungen mit unproduktiven, sozialen und betrieblichen Ausgaben? Nein! Diese Belastungen würden auf der andern Seite mehr als wettgemacht werden durch Senkung der Unkosten infolge Verkürzung der Arbeitszeit, durch die Entlastungen infolge der Minderausgaben für Arbeitslosen-, Wohlfahrts- und Krankenunterstützung, wahrscheinlich auch für Invalidenunterstützung. Diese Entlastungen würden auch das Realeinkommen der Arbeiterklasse steigern, so daß die Miterinnahme infolge

der Verkürzung der Arbeitszeit wieder teilweise wettgemacht würde. Dazu kommt der volkswirtschaftliche Gewinn infolge des Abbaues der unproduktiven Ausgaben, die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufen sind. Zweifellos würde trotzdem eine allgemeine Verminderung des Einkommens der Arbeitenden eintreten. Aber diese Einkommensminderung würde nur vorübergehender Natur sein, weil die Stellung der Gewerkschaften bei Lohnverhandlungen durch das Verschwinden der Arbeitslosen vom Arbeitsmarkt monatlich gestärkt würde, während umgekehrt die ungeheure Arbeitslosigkeit die Stellung der Unternehmer stärkt.

Aus diesem Grunde wird das Unternehmertum sich einer allgemeinen Pflicht zur Kurzarbeit bei Freierwerdung von Arbeitskräften widersetzen. Aus diesen, wie aus moralischen und einfach menschlichen Gründen muß die Arbeitszeitverkürzung mit Nachdruck angestrebt werden. Im Reichstag durch Einbringung eines Gesetzesentwurfes, der Entlassungen von vielleicht 5 % der Beschäftigten abhängig macht von der Herabsetzung der Arbeitszeit bis zu 36 Stunden die Woche. Für Angelernte und Alte muß ein erhöhter Kündigungsschutz verlangt werden, bei den mehr als Vierzigjährigen eine Bevorzugung bei Einstellungen, etwa so, daß ebenso wie bei Entlassungen in größerer Zahl nur ein gewisser Prozentsatz von Arbeitskräften über 40 Jahre alt sein darf, bei Einstellungen ein Mindestprozentsatz Vierzigjähriger sich befinden muß.

Den Betriebsvertretungen wird es obliegen, genau über die Durchführung dieser Bestimmungen zu wachen. Auch jetzt schon müssen die Betriebsräte ihren Einfluß in dieser Richtung geltend machen. Daß die Gewerkschaften bei Abschluß von Tarifverträgen sich für eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnkürzung einsetzen müssen, versteht sich von selbst. Aber wenn eine Arbeitszeitverkürzung nur mit einer Lohnkürzung zu haben ist, dann lieber diese, als eine automatische Vermehrung der Arbeitslosigkeit.

Von allen Seiten, mit allen Kräften, im Reichstag, durch die Gewerkschaften, in den Betrieben muß für die Beseitigung der ruinösen Arbeitslosigkeit gekämpft werden. Der Zwang zur Rationalisierung ist so stark, daß aus der bevorstehende Erleichterung auf dem Arbeitsmarkt durch den Geburtenrückgang während der Kriegsjahre hinfällig werden wird. Mehr als 10 % der Beschäftigten sind jetzt schon ständig arbeitslos. Das kann weder die Volkswirtschaft noch die Arbeiterklasse ertragen, ohne Schaden zu nehmen.

Josef Steiner-Jullien.

Das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates.

Neben dem Rechte der Arbeiterschaft, in der Gesamtwirtschaft mitzubestimmen, kommt auch dem Mitbestimmungsrecht im Betriebe eine besondere Bedeutung zu. Daß die Arbeiterschaft berechtigt ist, in beiden Fragen einmal Forderungen zu stellen, kommt in der Reichsverfassung klar zum Ausdruck. So lautet der § 135 der Reichsverfassung: „Die Arbeiter und Angestellten sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken.“ Das heißt, daß die Arbeiterschaft einen Anspruch besitzt auf die Mitbestimmung in der Wirtschafts-, wie auch in der Betriebsführung. Diese Forderung ist auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß sehr deutlich zum Ausdruck gekommen. Das Echo ist auf der Tagung „des Reichsverbandes der Deutschen Industrie“ in Düsseldorf, natürlich im ablehnenden Sinne, nicht ausgeblieben. Diese Einstellung verkennt die Bedeutung der menschlichen Arbeitskraft im heutigen Produktionsprozeß; denn diese als der hervorragendste Faktor in der wirtschaftlichen Entwicklung hat längst noch nicht diejenige Geltung erreicht, auf die sie Anspruch hat. Zwar sind in dieser Richtung Anlässe vorhanden, aber sie sind im Verhältnis der Gesamtwirtschaft noch sehr gering, ganz abgesehen von den Fragen, die von den Gewerkschaften zwar schon angechnitten sind, aber überhaupt noch keine Lösung gefunden haben.

Wie ist es zum Beispiel mit dem Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in bezug auf die betriebliche Wirtschaftsführung bestellt? Festgelegt ist das Recht der Betriebsräte im Betriebsrätegesetz. Doch kann man das hier vorhandene

Mitbestimmungsrecht, soweit es sich um soziale Fragen handelt, nur als ein sehr dehnbares bezeichnen. Sind doch fast alle Rechte des Betriebsrates in dieser Beziehung an so viele Voraussetzungen und Bedingungen gebunden, so daß eine Bearbeitung solcher Fragen äußerst erschwert ist. Ein einigermaßen fruchtbares Arbeiten ist unter diesen Umständen nur einem gut geschulten Betriebsrate möglich. Er muß imstande sein, jede für ihn günstige Situation und jede für ihn vorteilhafte gesetzliche Bestimmung richtig zu erkennen und im Interesse der Belegschaft anzuwenden verstehen.

In den Fragen der wirtschaftlichen Betriebsführung ist die Stellung der Betriebsräte noch schwieriger.

Hier hat man ihnen überhaupt kein Recht der Mitbestimmung zugestanden. Der § 66 des Betriebsrätegesetzes sowie alle seine weiteren Bestimmungen betonen, daß den Betriebsräten nur die Möglichkeit gegeben ist, für die wirtschaftliche Betriebsführung Vorschläge zu machen, die geeignet sind, die Produktivität der Betriebe zu steigern. Der Arbeitgeber ist nur verpflichtet, den Betriebsrat anzuhören; eine Verpflichtung besteht nicht, seine Vorschläge etwa durchzuführen oder ihn bei der Durchführung wirtschaftlicher Maßnahmen mitwirken zu lassen. Wenn es sich zudem um wirtschaftliche Erfolgsmassnahmen handelt, die eine Entlassung von Arbeitskräften nach sich zieht, wird der Betriebsrat sowieso in einen gewissen Konflikt mit sich selbst kommen. Da er wirtschaftlich doch nicht den Einfluß besitzt, um in solchen Fällen, entsprechend seiner Vorschläge, die überschüssigen Arbeitskräfte da einzufügen zu lassen, wo es möglich ist, wird bei ihm die soziale Auffassung überwiegen, und er wird nach Möglichkeit eine Entlassung von Arbeitskräften zu verhindern versuchen. Es gibt nicht allzuviel

Arbeitgeber, die so viel Einsicht besitzen, daß sie die Arbeit der Betriebsräte im Interesse ihrer Betriebe zu schätzen wissen und ein reibungsloses Zusammenarbeiten möglich machen. In vielen Fällen fürchten die Arbeitgeber, von ihrer Autorität im Betriebe etwas zu verlieren, wenn sie etwa zuviel mit den Betriebsräten zusammenarbeiten. Dieser angebliche Verlust an Betriebsautorität ist auch einer von den vielen Gründen, aus denen man sich sträubt, den Betriebsräten mehr gesetzliche Rechte zuzugestehen. Wirkliche Autorität wird dabei nicht getragen von dem Besitz, sondern nur durch ein umfangreiches Wissen und Können. Versügen die Arbeitgeber über solches, dann können sie durch ein Zusammenarbeiten mit den Betriebsräten nur gewinnen. Notwendig ist allerdings, daß auch die Betriebsräte über ein dementsprechendes Wissen und Können verfügen. Auf diesem Gebiete machen die Gewerkschaften erhebliche Anstrengungen, um die Betriebsräte entsprechend ihrer Aufgabe zu schulen.

Was den Unternehmer gegen das Wissen und Können der Betriebsräte einnimmt, ist ihre volkswirtschaftliche beziehungsweise gemeinwirtschaftliche und sozialpolitische Schulung im Gegensatz zu dem prinzipiell wirtschaftlichen Denken der Arbeitgeber, daß Besitz eigentlich zu einer andern Auffassung verpflichten sollte, geht doch daraus hervor, daß der Besitzer eines Unternehmens dieses doch nicht allein geschaffen hat, sondern daß dazu die Geistes- und Körperkräfte der Volksgemeinschaft notwendig waren. Ferner steht doch jeder Betrieb nicht für sich selbstständig da, sondern bildet noch nur einen Teil der gesamten Wirtschaft.

Erst innerhalb dieser gewinnt er Bedeutung. Deshalb muß die Betriebsführung eins gehen mit der gesamten Wirtschaftsführung. So wie die Gewerkschaften die

Führung der gesamten Wirtschaft zu beeinflussen beginnen, so müssen die Betriebsräte die wirtschaftliche und soziale Führung der einzelnen Betriebe zu beeinflussen versuchen. Möglich ist das letztere aber nur auf gesetzlicher Grundlage unter Mitwirkung der Gewerkschaften. Die gesetzlichen Grundlagen des Betriebsrätegesetzes auszubauen, ist Aufgabe der politischen Partei der Arbeiterschaft, der Sozialdemokratie. Da hier eine der vielen Bestrebungen vorhanden ist, die zur Erfüllung des § 165 der Reichsverfassung beitragen, ist ein weiterer Ausbau des Betriebsrätegesetzes erforderlich. Ist doch hier die Möglichkeit gegeben zur Wahrnehmung aller der wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Arbeiterschaft, soweit sie betrieblicher Natur sind. Die Zahl dieser Fragen ist gerade im Zeitalter der Nationalisierung nicht gering. Erforderlich ist aber ein entsprechendes Mitbestimmungsrecht im Betriebe, das den Betriebsräten gesetzlich gewährleistet sein muß. Dies ist schon aus dem Grunde notwendig, weil die Betriebsräte zugleich Organe darstellen, die im Interesse der Arbeiterschaft und des Staates für die Ueberwachung der gesetzlichen und tariflichen Rechte der Arbeiter im Betriebe zu sorgen haben, damit diese auch tatsächlich durchgeführt werden. Sie üben damit neben den Aufgaben, die ihnen als den Vertretern der Arbeiterschaft auferlegt sind, auch noch öffentlich-rechtliche Funktionen aus, deren Erfüllung der Staat von ihnen verlangt.

H. N.

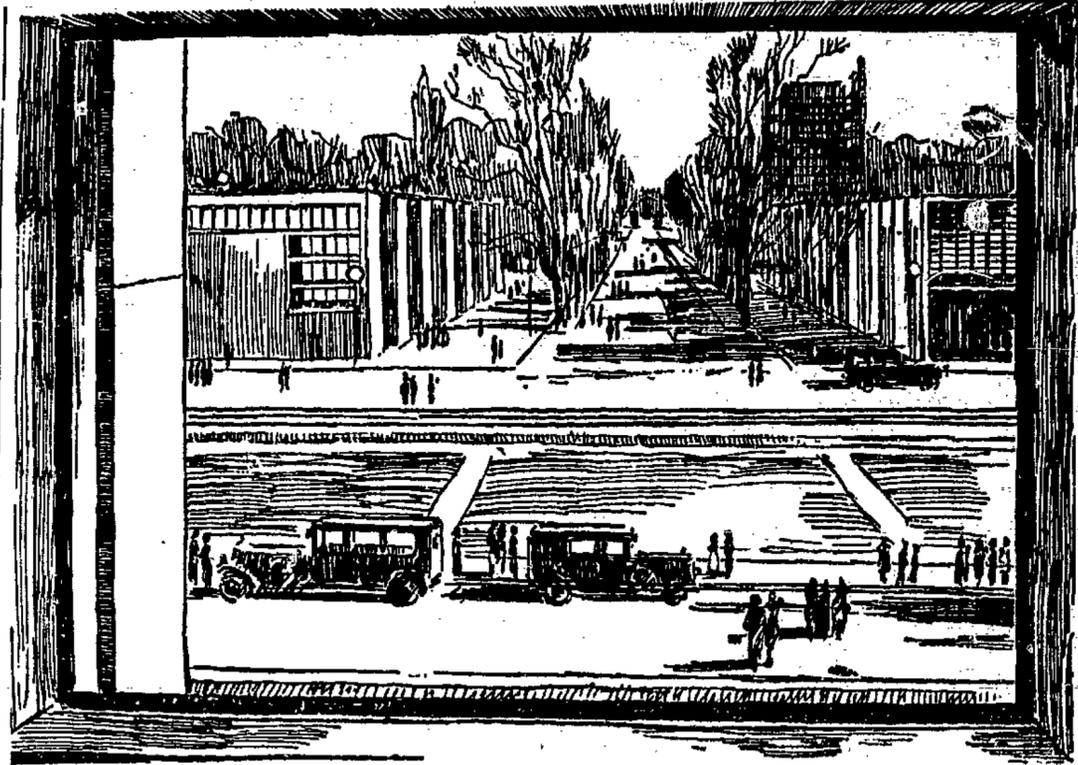
Internationale Hygiene-Ausstellung Dresden 1930.

Gesundheit ist der höchste Wert des Menschen!
 Gesundheit ist das größte Gut der Völker!

In Messen und Ausstellungen haben wir in Deutschland wirklich keinen Mangel. Im Gegenteil: was gerade auf diesem Gebiet gesündigt wird, das ist nur schwer zu beschreiben, will man nicht gerade eine Satire schreiben. Oft genug leiden unter diesem Ueberfluß an Veranstaltungen gerade jene Ausstellungen, die es wert sind, bei allen Bevölkerungsschichten weitgehende Beachtung zu finden. Um so mehr hat also die Öffentlichkeit ein Anrecht darauf, daß ihr jene Veranstaltungen nahegebracht werden, die ihr etwas wirklich Nützliches bieten. Und gerade die werktätige Bevölkerung, der das Geld nicht locker sitzt, kann von ihren Gewerkschaftsblättern verlangen, daß sie sorgsam das Gute von dem Schlechten scheidet. Da ist es vielleicht sogar ein bißchen riskant, schon vor Beginn einer Ausstellung über sie zu schreiben; wer aber das Werden der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930 an Ort und Stelle verfolgen kann, der gewinnt heute schon den Eindruck, daß hier ein Werk zur Durchführung gelangen soll, das — den breiten Massen der Arbeitnehmer in der richtigen Art und Weise zugänglich gemacht — sehr viel Nutzen stiften kann. Freilich kann man darüber streiten, ob in den heute so schweren Zeiten es richtig ist, jene Bauten zu errichten, wie das Hygiene-Museum und die zahlreichen Ausstellungshallen; aber wenn die Tatsachen nur einigermaßen etwas halten von dem, was die Ankündigungen versprechen, dann dürften die großen Summen nicht vergebens in diese Ausstellung hineingesteckt worden sein.

Arbeiterschaft und Angestellte sind natürlich in erster Linie an jenen Teilen der Ausstellung interessiert, die sich mit der Arbeits- und Gewerbehygiene befassen. Eine 1000 Quadratmeter große Halle wird lediglich diesem Gebiet dienen. Behandelt werden unter anderem: Arbeitspsychologie, Beleuchtung, der Lärm und seine Folgen, praktischer Lärmchutz, Arbeitsplatz und Arbeitszeit, allgemeine Verhütung von Staub-, Gas- und Giftschäden usw. Ferner Unfallverhütung, Gesehe und Gewerbeaufsicht, sowie Berufskrankheiten. Für unsere Frauen wird von Bedeutung sein die Ausstellungsguppe: Die Frau in Familie und Beruf. Dort werden behandelt sein: die körperliche und geistig-seelische Eigenart der Frau, die Frau im häuslichen Beruf, die Berufsschädigung der weiblichen Jugend und ihre Verhütung, die Belastung der verheirateten erwerbstätigen Frau und Mutter.

Für die Arbeiterschaft von ebenfalls hohem Interesse ist das Kapitel: Wohnung und Siedlung. Man wird dort praktische Beispiele moderner Wohnhygiene sehen können unter anderem: Landarbeiterhaus, Haus für einen Lungenkranken, Haus für kinderreiche Familien, Kleingartenanlagen und anderes mehr. Von grundsätzlicher Bedeutung wird auch der Abschnitt sein betreffend: gesund-



Blick aus einem Fenster der Wandelhalle des Deutschen Hygiene-Museums auf einen Teil des Ausstellungsgrundes der Internationalen Hygiene-Ausstellung Dresden 1930.

heißliche und wirtschaftliche Beurteilung von Baustoffen, Bauweisen und der Hausanlage.

Wer nur wenig Geld zur Verfügung hat, der muß natürlich bemüht sein, für seine paar Mark oder Pfennige das Beste und Wertvollste an Lebensmitteln zu bekommen. Ihn darüber belehren soll die Gruppe Lebensmittel auf der Hygiene-Ausstellung. Man wird interessante Einblicke erhalten in den Genußwert der Nahrung, in die Ernährungslehre überhaupt; Kostverbesserungsvorschläge sollen voraussichtlich gemacht werden (hoffentlich gibt es das Geld dafür auch gleich!); kurz und gut: vor allem unsere Frauen werden manche wertvolle Anregung erhalten.

Auch die Hygiene-Ausstellung wird nicht verhindern können, daß wir einmal krank werden. Wie gut man es hinfort in den Krankenhäusern haben soll, wird die Sonderchau „Das Krankenhaus“ uns lehren. Räume, in die der Lale nur kommt, wenn er als Kranker hineingehört, werden wir durchschreiten können in dem angenehmen Bewußtsein: vorläufig und hoffentlich überhaupt nicht.

Unsere Kindern ist ein großer Teil der Hygiene-Ausstellung gewidmet. So wird zum Beispiel ein ganzes Musterschulhaus errichtet, das hoffentlich nicht als Beispiel nur für höhere Lehranstalten dient, sondern dazu beiträgt, daß die alten unhygienischen Schulbaracken recht bald verschwinden.

Das Deutsche Hygiene-Museum wird dank der finanziellen Unterstützung durch das Reich, die sächsische Regierung und die Stadt Dresden seinen Neubau der Öffentlichkeit übergeben können. Das Museum selbst wird den Mittelpunkt der Ausstellung bilden. Als Hauptteil wird das Museum die Gruppe „Mensch“ in neuer Form zur Darstellung bringen. Anschließend werden die Gruppen „Vererbung und Eugenik“, „Die Frau als Gattin und Mutter“, „Die Ernährungslehre“ gezeigt werden.

Eine Gruppe „Gesundheit und Krankheit“ wird allgemeinverständliche Darstellungen bringen, die zeigen sollen, wie man sich vor Krankheiten schützt. (Gute Ernährung, gute Kleidung usw. und das nötige Kleingeld dazu!) Als letzte Gruppe innerhalb des Museums wird dargestellt „Die Gesundheitspflege in Geschichte und Völkerkunde“.

Die fremden Staaten, deren Beteiligung in sehr großem Umfang zu erwarten ist — bis jetzt sind 21 angemeldet — werden in einer Halle der Nationen vereinigt.

Das Reich, die Länder, Provinzen, Städte usw., sowie die verschiedensten Organisationen sind ebenfalls vertreten; doch wird dabei darauf Rücksicht genommen, daß von allen diesen Stellen nicht etwas Gleiches oder Gleichartiges aus-

gestellt wird, sondern die besten Leistungen der betreffenden Stelle sollen als Vorbild gezeigt werden.

Man wird zugeben: wird nur ein Teil von dem so gezeigt, daß die Arbeiterschaft sich auch materiell Auswirkungen dieser Ausstellung versprechen kann, will sagen, daß dafür gesorgt wird, daß die Musterbauten nicht Muster bleiben, sondern zur allgemeinen Einföhrung gelangen, um dem arbeitenden Menschen die Berufsausübung zu einer Quelle der Arbeitsfreude zu machen, dann wird es sich auch für den Lohnen, einen Absteher nach Dresden zu machen, der mit seinem Gelde sehr haushälterisch muß. Insbesondere für unsere Jugend wird eine Fahrt zur Hygiene-Ausstellung sich lohnen. (Für ihre Unterbringung in einem neuen „Haus der Jugend“ und in Jugendherbergen ist gesorgt.) Erst aber wollen wir leben, was die Ausstellung bringt; ob die Ausstellung die Versprechungen, die sie uns macht, einlöst. Darüber soll hier dann berichtet werden.

Dr. G. V. Dresden.

Aus unserm Beruf

Zum Kampf um die Durchführung des Tarifvertrages wird uns aus Mielefeld geschrieben:

Die Durchführung des Tarifvertrages ist eine der Hauptaufgaben, die wir zu erfüllen haben. Die Arbeitgeber sind teils mehr oder weniger stets befreit, geringer Vorteile wegen die Vertragsbestimmungen zu umgehen, oder offensichtlich zu durchbrechen. Obwohl auch sie sich verpflichtet haben, mit allen Kräften die Vertragsbestimmungen durchzuführen, erleben wir unter dem Einfluß der großen Arbeitslosigkeit immer wieder neue Tarifverletzungen. Bei dem scharfen Preiskampf, der zur Erlangung von Aufträgen erfolgt, wird die Gewinnspanne immer mehr verringert. Der Versuch, den Gewinn zu steigern, erfolgt entweder durch Senkung in der Qualität der Arbeitsausführung oder auf Kosten des Arbeiters durch Nichterfüllung der getroffenen Tarifvereinbarungen. Leider sind unsere Kollegen allzuleicht geneigt, auf das Drängen der Arbeitgeber einzugehen, auf ihre Kosten den Profit des Arbeitgebers zu steigern. Ist die Kontrolle, die die Kollegen in den meisten Betrieben geben, vorüber, dann besinnen sie sich auf ihre karkillischen Ansprüche. Die Klage auf Zahlung des zuwenig gezahlten Lohnes vor dem Arbeitsgericht und der Hereinfall des Arbeitgebers ist dann die Folge. Ganz gerissene Arbeitgeber lassen sich bei der Entlassung eine Blanco-Quittung ausstellen, aus der hervorgeht, daß der Entlassene keinerlei Ansprüche mehr an die Firma hat. Die Kollegen sind stets vor einer solchen Unterschriftsleistung zu warnen. Ist es dennoch geschehen, muß sich der Kläger auf § 188

Zur Arbeit im Sturm.

Kalt ist es draußen. Der Wind segt durch dünnes Gedröhl, und nur weil sie müssen, gehen die meisten ins Wetter hinaus.

„Hundewetter!“ Weil es nicht lieblich ist. Weil es uns peitscht und weil wir im Harten des sozialen Lebens und im Verneinlichenden dieser Zivilisation den Sinn verloren haben für die herbe Schönheit des Natürlichen. Natur ist schön. Nicht nur im Sommer und Frühling und Herbst. Nicht nur wenn der Schnee alles materisch einhüllt. Auch wenn der Sturm draußen segt.

Wir stemmen uns an gegen die draufende Kraft. Es ist ja weißt so weit bis zur Stätte unseres Berufes. Da heißt es, mit dem Sturme zu ringen.

Wir neigen den Leib nach links, nach rechts, nach vorn, und wir suchen dem Sturm möglichst wenig Raum zum Widerstand zu bieten. Doch ihn kümmert es nicht. Er hat noch genügend Lust und Kraft, uns zu packen.

Da, auf einmal können wir fast nicht fort. Hei, Gesehe, wie wichtig! Und dann wieder gibt er uns Spielraum. Ein Stück Weges geht es dann leichter. Doch ein Stück nur. Er stößt noch von Energien der Kraft. Und ob wir weichen oder nicht wollen, er stellt uns und peitscht uns und sagt uns ins Ohr seine Melodien der Lust und der Kraft, seine Melodien des Lebens. — Nur Leben, das zu tragen gibt, ist schön.

Reich und Masse.

Wir sind voll von Wollen und Drang, voll Stanken und voll von Lebensdrang. Und unsere Bewegung gibt diesen unserm Bedürfnis nach Entladung von menschlicher

Fülle Befriedigung. Da gilt es, zu werden und aufzuklären, zu bilden und mitzureißen. Und wieviel wir auch wirken, es ist kein Ende, keine Erfüllung. Denn ward uns Erfolg, dann ist um so größer der Drang in uns nach neuen Schaffen am Werke. Und das bietet täglich neue Aufgaben.

Ständen wir allein, außerhalb der Bewegung, wir wären nichts. Wir wären ein Stäubchen, das verfliegt und das nie gewesen. Nur wenn wir in der Masse stehen, sind wir geschichtlich.

Die Hüter des Alten glauben, das Alte bewahren zu müssen, weil der Mensch, die Persönlichkeit in der Masse vergeht. Und doch blüht in dieser alten Ordnung nur der Individualismus, die ungehemmte Wollust des Ich. Doch Persönlichkeit ist sittliches Streben. Persönlichkeit ist Gemeinschaftsstreben. Da in der Bewegung der Masse schreiten Freiheit, Persönlichkeit und Recht.

Der persönliche Mensch hat strophende Fülle. Er hat Masse nötig, der er dient. Er möchte es schreien. Er kann nicht genügend umfassen. Die Welt ist zu eng. Und darum lebt sich im echt persönlichen Kämpfer das Drängen nach Weite in Enthusiasmus aus und in Schwung. Und er möchte sie rütteln, die Lanen, und schütteln und ihnen sagen und sagen: Merkt ihr denn nicht, wohin die Menschheit will? Fühlt ihr denn gar nichts von den Weltenergien, die ihr zu fragen berufen? Weht da denn gar nichts in euch?

Und dann bebt da oft wirklich nichts. Und alles ist vergeblich gewesen. Und einen Augenblick legt sich im kämpfenden Herzen der Sturm und der Drang. Doch nur um dann wieder um so gewaltiger zu packen.

Nur unpersonliche Menschen sind abseits vom Kämpferwege. Wem das Herz vom Brausen echt menschlicher Größe voll ist, der hat nur im Massentingen die befreiende Resonanz. Er muß im Gewaltigen seine Seele fühlen und im Umfassenden die sittliche Kraft seines Selbst-

Mensch und Masse sind eines. Nur in der Massenbewegung schreitet der Mensch zu Höhe, Fülle, Freiheit und Recht. Dr. Gustav Hoffmann.

Sonntag des Kindes.

Kinder freuen sich auf den Sonntag, wie die Alten sich freuen. Wie oft kommt es vor, daß Kinder am Sonntagmorgen, noch halb im Schlafe, an einen Werktag denken, die Schule, die Pflicht, bis ihnen dann plötzlich beglückend einfällt, daß ja doch Sonntag ist. Und freudig springen sie dann aus dem Bett — oder sie legen sich noch einmal auf die andere Seite.

Nur die Vermisten der Armen kennen einen Sonntag nicht. Es ist festgelegt, daß viele Tausende von Kindern keinen Sonntag haben. Sie sind auch am Sonntag gewerblich tätig, in der verschiedensten Weise. Wie werktags. Wie werktags früh vor der Schule und nach dem Schulunterricht. 4, 5, ja 6 Stunden täglich. Gegen das Kinderschutzgesetz. Paragraphen allein sind ungenügend.

Kinder ohne Sonntag sind wie ein Leben ohne Sonnenschein. Der Mensch muß einmal frei sein, sich ganz nur freuen. Nur seiner Neigung leben, ohne Last, ohne Zwang. Er muß innerlich auch einmal ruhen und sich besinnen. Und gerade das Kind, dieses Werden. Aber dennoch kennen Massen von Kindern einen Sonntag nicht. Sie kennen nur Arbeit und Arbeit und Pflicht und Pflicht.

BOB. berufen und darauf hinweisen, daß er unter
und gehandelt und das Begehren des Arbeitgebers gegen
einen guten Willen verstößt.

Von der Einrichtung der Ueberwachungsinstanzen zur
Durchführung des Tarifvertrages wird leider zuwenig
gebrauch gemacht. Zum Schaden des Gewerbes über hier
Arbeitgeber vielfach Sabotage. Nur scheinbar kann
Einzelnen ein Interesse an eine Vertragsverletzung
stehen, um dadurch den Gewinn zu steigern oder durch
billige Angebote Aufträge hereinzuholen. Im Interesse
des gesamten Arbeitgebers liegt es, daß von allen Be-
teiligten die Vertragsbestimmungen erfüllt werden. Wir
achten es nicht nur als das gute Recht des Beschädigten
auf Erfüllung seines Anspruchs beim Arbeitsgericht
erheben, sondern sogar als seine Pflicht. Hierdurch
werden die Arbeitgeber zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen
gezwungen. Es ist eine gute Erziehungsarbeit, die durch Klagen
die Beachtung der vertraglichen Bestimmungen geleistet
werden kann. Wer einmal zur Nachzahlung des zuwenig
zahlten Lohnes oder nicht gezahlter Lohnzuschläge ver-
urteilt wurde, wird wenig Lust verspüren, dieses Experi-
ment nochmals zu wiederholen.

Erster werden die §§ 18a und 14 des Reichsarbeitsver-
trages zu wenig beachtet. Wie erfolgreich für die Durch-
führung des Tarifvertrages gearbeitet werden kann, haben
Verhandlungen vor dem Ortsarbeitsamt Bielefeld ergeben.
Ein Arbeitgeber hatte trotz der großen Arbeitslosigkeit
48 Stunden wöchentlich bis 54 Stunden arbeiten
lassen. Die Lohnzuschläge waren nicht gezahlt worden.
In Rücksicht auf die lange Dauer der geleisteten Mehr-
leistung beantragten die Gewerkschaften eine Nachzahlung
von 500 M zugunsten der Tarikkasse. Nach langen Ver-
handlungen setzte das Tarisamt den Betrag auf 300 M
fest, zahlbar in Raten von 30 M am 1. und 15. eines jeden
Monats.

In einem andern Falle wurde der Meister zur Zahlung
von 75 M Buße an die Tarikkasse verurteilt. Auch hier
wurde die festgesetzte Arbeitszeit überschritten worden, ohne
tarifliche Zuschläge zu zahlen.

Würden alle Ortsarbeitsämter in gleicher Weise gegen
die Uebertundenurwesen vorgehen, dann könnte
jeder Kollege mehr in Arbeit gebracht werden. Auch
würde es mit den Vertragsverletzungen auf andern
Orten ein Ende haben.

Am 1. In der gut besuchten Jahreshauptversammlung
wurde der umfangreiche Geschäftsbericht vorgelegt. Das
wichtigste aus demselben sei hiermit kurz wiedergegeben.
Erst am Ende des Jahres 1928 hatte, infolge der all-
gemeinen wirtschaftlichen Lage, die Arbeitslosenzahl eine
nicht bedenkliche Höhe erreicht. In den ersten Monaten 1929
haben es, als ob auch die Natur Stellung gegen die
Arbeitslosigkeit nehmen wolle. Ein Winter von ungeahnter
Härte und Dauer drückte noch ungünstiger auf den Arbeits-
markt, so daß das Baugewerbe vollständig zum Stillstand
gekommen war. Die Hoffnung, daß mit Beendigung des
Winters eine Besserung eintreten würde, hat sich nicht
erfüllt. Wirtschaftspolitisch wurde die bereits vorhandene
Arbeitslosigkeit innerhalb Deutschlands und auch im Auslande
verstärkt. Der Zustrom ausländischen Geldes nahm
mer mehr ab. Durch willkürliche Maßnahmen der Hoch-
finanz, als deren Exponent der Reichsbankpräsident Schacht
betrachtet ist, wurde dieser vollständig unterbunden.
Unter diesen Maßnahmen hatten das Reich, die Länder
und hauptsächlich die Gemeinden am stärksten zu leiden.
Sie waren dadurch gezwungen, ihre Ausgaben auf ein
Minimum herabzusetzen. Das bedeutete, daß alle be-
stehenden Vorhaben nicht zur Ausführung kamen, die in
Zukunft genommenen Projekte wurden zurückgestellt. Als
Antraggeber für das Bau- und die Baubewerke
kommen fast ausschließlich das Reich, die Länder und die
Gemeinden in Betracht. Währenddem der Wohnungsbau
Lasten des Reiches und der Länder geht, sind es ander-
erseits die Gemeinden, die durch ihre Einrichtungen und um-
fassenden Eigenbetriebe große Aufträge für das Bau-
gewerbe zu vergeben haben. Es ist deshalb erklärlich, daß
die Hauptlast der Krise dem Baugewerbe zufiel. An Hand
der vorliegenden Arbeitslosenziffern wurde dieses an-
schaulich nachgewiesen. Noch ungünstiger lagen die Ver-
hältnisse im Baugewerbe. Die Arbeitslosen-
ziffern waren ganz erheblich höher als bei den Bau-
betriebern. Nach Feststellungen des Arbeitsamtes Köln
waren im günstigsten Monat (Mai) 32 % unserer Kollegen
in Arbeit. Von da an gingen die Ziffern wieder ständig
in die Höhe. Die Ursachen dafür liegen in der nicht
bedingten Notwendigkeit zur Ausführung von Maler-
und Anstreicherarbeiten, in der einfachen Arbeitsweise und
größten Teil in der Ueberfüllung unseres Berufes,
vorgezogen durch eine unverantwortliche Lehrlings-
ziffer. Unter etwas günstigeren Verhältnissen ständen
die Lackierer Kollegen in den verschiedensten
Berufen. Hier war es besonders die Waggonindustrie,
aber gute Aufträge verfügte. Die Kollegen waren fast
durchgehend beschäftigt, teilweise konnten noch Kollegen
dem Baumalergewerbe eingestellt werden. Auch in der
Maschinenindustrie war der Geschäftsgang nicht ungünstig,
weshalb an den allgemeinen Verhältnissen. Gut beschäftigt
sind die Möbelfabrikanten; dagegen war die Lage in der Auto-
mobil- und Karosseriebranche im ganzen Jahre 1929 recht un-
riedigend. Unter der Ungunst der Verhältnisse konnte
unser gewerkschaftliche Tätigkeit nicht so gestalten,
wie es notwendig und wünschenswert gewesen wäre. Die
Situation hatte nicht den Erfolg, den sie unter Berücksich-
tigung der uns noch fernstehenden Kollegen haben mußte.
Die Lohnfrage im Baugewerbe wurde in Zusammen-
arbeit mit den Kollegen in Rheinland und Westfalen
abgeschlossen. Diese brachte für Köln und den unteren
Rhein ein Lohnzuschlag von 5 % und für das
Rheinland ein solches von 8 % pro Stunde. In
dem Teil der Zahlstellen mußten durch besondere Ver-
handlungen die Bezirkslöhne zur Anerkennung gebracht
werden. Für unsere Kollegen in der Industrie haben wir
einsam mit den beteiligten Verbänden versucht, die
Arbeitsbedingungen zum Besten unserer Kollegen
zu regeln. Es konnte festgestellt werden, daß die Ver-
hältnisse stets die Interessen der Kollegen in jeder Hinsicht
berücksichtigen hat. Die umfangreiche Verwaltungstätigkeit

konnte an dem vorgelegten Material überprüft werden.
Hier zeigte sich der ausgedehnte Aufgabenkreis der Ge-
werkschaftsbewegung. Bedauerlicherweise muß immer
wieder festgestellt werden, daß ein Teil der Arbeitgeber
versucht, aus der Notlage der Arbeiterschaft besondere
Vorteile zu ziehen. Um unseren geschädigten Kollegen zu
ihren Rechten zu verhelfen, mußten zahlreiche Klagen an
den Arbeitsgerichten durchgeführt werden. Von 39 Klagen
waren 37 erfolgreich und erbrachten einen Gesamtbetrag
von 2139,60 M. Diese Beträge konnten, bis auf einen
kleinen Teil, heringebracht und den Kollegen auch zu-
geführt werden. Wenn im Geschäftsbericht zum Ausdruck
kam, daß in der Lackiereraktion nicht das notwendige
Interesse vorhanden war, so kann von der Jugend-
abteilung das Gegenteil gesagt werden. Hier war ein
lebhaftes Interesse an allen Veranstaltungen vorhanden.
Besonders die Fachkurse übten eine starke Anziehungs-
kraft auf unsere jungen Kollegen aus. Das Lob das der
Leitung unserer Jugendabteilung zu teil wurde, war ver-
dient. Die Verwaltung hat sich mit ganz besonderer Hingabe
bemüht, die Neueinstellung von Lehrlingen auf ein Mindest-
maß herabzurücken. Es war zweifellos schon ein Anreiz
für eine Besserung zu erkennen. Auch die Frage der
Arbeitsbeschaffung und der Ausbau der Arbeits-
vermittlung wurden entsprechend ihrer Bedeutung gefördert.
Bei der letzteren war ein guter Erfolg festzustellen. Nur
bedarf es noch der stärkeren Mitarbeit der Kollegen in
den Betrieben. Abschließend konnte das Gesamtergebnis
des Jahres 1929 als zufriedenstellend bezeichnet werden,
ohne dabei zu vergessen, daß noch manches unerfüllt ge-
blieben ist. Durch die darauffolgende einstimmige Wieder-
wahl des Filialvorstandes kam auch die Zufriedenheit mit
seiner Tätigkeit zum Ausdruck. Das wird wohl die beste
Gewähr sein, daß auch in diesem Jahre alle Kräfte zum
Wohle des Verbandes und der Kollegen selbst zur An-
wendung gebracht werden. Bei dieser Aufgabe mitzu-
wirken, ist Pflicht eines jeden einzelnen
Kollegen.

Schwerin. Aus dem Jahresbericht unserer Filiale,
der in der Generalversammlung erstattet wurde, ist zu er-
wähnen: Die Filiale konnte im Jahre 1929 auf ein 40jähriges
Bestehen zurückblicken. Den Kollegen Lärken, Haacker, Strübing, Barzels und Dieke,
konnte aus Anlaß ihrer 25jährigen Mitgliedschaft eine
Ehrenurkunde überreicht werden. In Ludwigslust wurde
eine Zahlstelle errichtet. Bei Vertretungen vor dem
Arbeitsgericht-erzielten wir zumest einen vollen Erfolg,
oder es konnte ein günstiger Vergleich abgeschlossen werden.
Durch Antrag bei dem Arbeitsamt wurde ein Teil unserer
arbeitslosen Kollegen im vorigen Winter aus der Sonder-
regelung herausgenommen; in diesem Winter machte uns
das Arbeitsamt mehr Schwierigkeiten, aber durch die Ein-
wirkung der Bezirksleitung ist die Herausnahme der in
Frage kommenden Kollegen jetzt ziemlich sichergestellt. Fast
das ganze Jahr hindurch war eine größere Anzahl Kollegen
arbeitslos. Dieses ist nicht nur auf die allgemeine schlechte
Wirtschaftslage, auch ungenügende Bauaktivität, sondern
vor allem auf die Ueberfüllung unseres Berufes durch die
jedes vernünftige Maß vermissende Zahl der Lehrlinge
zurückzuführen. Der bisherige Vorstand ist wieder, die
Hauskassierer, ein Beisitzer und Revisor neu gewählt
worden.

Gewerkschaftliches

3. Ausschusssitzung des AOB.

Am 17. Februar trat der Bundesausschuß zu seiner
fünften Tagung im Ingenieurhaus zu Berlin zusammen.
Ueber Finanz- und Steuerfragen hielt der Ver-
treter der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundesvor-
standes, Dr. Hans A r o n s , einen instruktiven Vortrag, den
der Vorsitzende G r a f m a n n wirksam ergänzte. Nach-
stehende Entschliessung gelangte einstimmig zur Annahme:
Der Bundesausschuß des AOB. sieht in der Neu-
regelung der Reparationsfrage durch das Haager Abkommen
einen weiteren entscheidenden Schritt auf dem Wege der
Befreiung der besetzten deutschen Gebiete, der Entspannung
der internationalen politischen Atmosphäre, der dringend
erforderlichen Besserung der wirtschaftlichen Beziehungen
zwischen den Völkern.

Die Erleichterung der Reparationslast, die der „Neue
Plan“ für Deutschland bringt, bedeutet eine gegenüber dem
Dawes-Plan nicht unwesentliche Entlastung des deutschen
Volkes. Diese Entlastung kann jedoch vorerst nicht, wie es
wünschenswert gewesen wäre, in einer allgemeinen Steuer-
ermäßigung zum Ausdruck gelangen. Sie muß zunächst Ver-
wendung finden zur Gesundung und Neuordnung der Reichs-
finanzen.

Die gegenwärtige Notlage der Reichsfinanzen erfordert
darüber hinaus noch die Erschließung neuer, außergewöhn-
licher Einnahmequellen. Ohne Gesundung der Reichs-
finanzen, der Herstellung des Gleichgewichts von Einnahmen
und Ausgaben, kann Deutschland nicht die ihm gestellten
wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben erfüllen. Gesunde
Reichsfinanzen sind die Grundlage einer gesunden Wirt-
schaft und ebenso die Vorbedingung für eine beständige, dem
technischen Fortschritt fortgeschrittene Sozialpolitik.

Der Bundesausschuß des AOB. erhebt Protest gegen
die immer wiederkehrenden Versuche sozialfeindlicher Kreise,
unter Berufung auf die gegenwärtige Finanznot des Reiches
den Staat von seinen sozialen Verpflichtungen zu entbinden
und damit die sozialen Einrichtungen zu verkrüppeln.

Er vermahnt sich ferner gegen alle Versuche, durch Maß-
nahmen irgendwelcher Art, sei es auf sozialem oder steuer-
lichem Gebiete, eine Verschiebung der Lastenverteilung zu-
gunsten der minderbemittelten Bevölkerung herbeizuführen.

Zur Behebung der gegenwärtigen Finanznot des
Reiches wie zur Sicherstellung der Mittel für seine sozialen
Verpflichtungen soll ein prozentual festzusetzender Anteil als
Notopfer aller Steuerpflichtigen aus Besitz und Einkommen
erhoben werden.

Der Abschluß der Reparationsverhandlungen hat Klar-
heit geschaffen über Deutschlands finanzielle Verpflichtungen
gegenüber seinen Gläubigern. Damit ist die Zeit gekommen

für einen planmäßigen Aufbau des deutschen Finanzsystems.
Die Regelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern
und Gemeinden, die Vereinfachung des Verwaltungs-
apparates mit dem Ziele der Schaffung des Einheitsstaates,
die erforderlichen Umbauten des Steuerapparates sollen nun-
mehr unverzüglich in Angriff genommen werden. Die Lösung
dieser Aufgaben muß so erfolgen, daß der Staat die Möglich-
keit erhält, seine sozialen Aufgaben, entsprechend seiner
steigenden Bedeutung im Leben der Nation, jederzeit zu
erfüllen."

Sozialpolitisches

Die neuen Agrarzölle in Kraft. — Neue Forderungen der Agrarier!

Der neue Handelsvertrag mit Schweden ist ratifiziert
worden. Damit treten die im Dezember 1929 vom Deutschen
Reichstag beschlossenen erhöhten Agrarzölle in Kraft. Die
neuen Zölle konnten noch nicht wirksam werden, weil sie
gegenüber den meistbegünstigten Ländern am deutsch-schwe-
dischen Handelsvertrag gebunden waren. Bezüglich der
Getreidezölle treten die beschlossenen Zölle in Kraft.
Das bedeutet im Augenblick eine Erhöhung der
Zölle um 2 auf 9 M und 9,50 M. Für Hafer und Braugerste
gelten starre Zölle. Diese in der Höhe von 8 und 9 M je
Doppelzentner. Für Vieh und Fleisch finden eben-
falls Zollerhöhungen statt. Für Rindvieh zum Beispiel be-
trägt der Zoll 24,5 gegen bisher 18 M. Die Schafzölle wur-
den auf 22,5 M erhöht. Für Schweine tritt ein Zollezoll
von 9 bis 27 M in Kraft. Für die Gegenwart bedeutet
dieser Zollezoll eine Erhöhung der Zollgrenze von 18 auf
18 M. Gleichzeitig tritt eine Erhöhung der Mehlezölle, zum
Beispiel für Weizenmehl, von 14,50 auf 18,50 M in Kraft.
Der Malz Zoll wird von 12 auf 18 M erhöht. — Es ist im
Augenblick nicht übersichtlich, welche Preisveränderungen
diese Zollerhöhungen mit sich bringen wird. Von der Regie-
rungsseite wird versichert, daß sich an den gegenwärtigen
Preisverhältnissen nicht viel ändern würde. Der vollen
Auswirkung der Zollerhöhungen wirken die niedrigen Ein-
fuhrschleimwerte entgegen. Wie aber auch die Verhältnisse
sehr sein mögen, jedenfalls wird in der Zukunft mit einem
erhöhten Preisniveau für Lebensmittel zu rechnen sein. Es wirkt beinahe wie eine Ironie, daß zu
der gleichen Zeit, wo diese Zollerhöhungen in Kraft treten,
die Führer der sogenannten „grünen Front“ der Regierung
neue Forderungen unterbreiten. Man fordert die Erhöhung
der Einfuhrschleimwerte, die Drosselung der Maiszufuhr,
die Kündigung des Handelsvertrages mit Finnland usw.
Dies deshalb, um die vorgesehene Erhöhung des Butter-
zollens noch schneller durchführen zu können. Dinge es nach
den Herren, die die „grüne Front“ kommandieren, dann
würde Deutschland die höchsten Lebensmittelpreise der Welt
haben. Dabei sind die Preise in Deutschland schon wesent-
lich höher als in andern Ländern. Wie dem aber auch sei,
die Agrarfrage gehört zu den ernstesten Wirtschaftspro-
blemen der kommenden Zeit.

Die deutsche Industrie steht nach dem Auslande.

Seitdem die Menschheit besteht, hat es Wanderungs-
bewegungen gegeben. Die einzelnen Völker wurden dadurch
immer mehr miteinander vermischt. Namentlich die wan-
dernde Arbeitskraft hat seit Beginn der kapitalistischen
Wirtschaftsperiode eine große Rolle gespielt. Heute ist die
Arbeitskraft national gebunden. Ueberall bestehen scharfe
Bestimmungen, die den Arbeiter an sein Land binden und
es ihm schwer machen, in andern Ländern Arbeit zu finden.
Ebenfalls stark gehindert ist der Verkehr von Waren.
Ueberall bestehen hohe Schutzwauern, die ein Ueberfließen
der Waren von einem Land zum andern erschweren. In
keiner Weise gebunden ist das Kapital. Es fließt dorthin,
wo die höchsten Zinssätze locken. Seit einiger Zeit kann
man beobachten, daß auch die Industrie wandert.

Amerikanische Unternehmungen siedeln Teilbetriebe in
Europa an, um hier an den billigen Löhnen Europas zu
profitieren. In der deutschen Industrie häufen sich auch die
Bestrebungen, dem lieben Vaterland Valet zu sagen und
die Fabriken woanders zu errichten. In der „Wirtschafts-
und Export-Zeitung“ Nr. 3 lesen wir hierüber u. a.:

„Seit einiger Zeit tauchen immer zahlreicher Nach-
richten auf, die von einer ganzen oder teilweisen Verlegung
großer Unternehmungen ins Ausland sprechen. Nach-
richten, die immer wieder demontiert wurden, zuletzt aber
doch ihre Bestätigung fanden. In der Hauptache stammen
diese Nachrichten aus Mitteldeutschland, weniger aus West-
deutschland. Von einer großen Maschinenfabrik wird be-
richtet, daß sie ihren Betrieb vollständig auflösen und in
Osteuropa ansiedeln wolle. Eine andere hat sich Belgien
als Ziel ausersehen, eine dritte will am bisherigen Ort nur
eine einzige Präzisionsabteilung bestehen lassen.“

Ausgerechnet in den russischen Randstaaten will die
deutsche Industrie ihr Domizil aufschlagen. Gewiß ziehen
diese Staaten durch außergewöhnliches Entgegenkommen
ausländische Industrieunternehmungen bewußt heran. Das
tun aber auch die deutschen Städte, wie das Beispiel Köln
bei der Ford-Niederlassung gezeigt hat. Was die deutschen
Unternehmer an den östlichen Randstaaten besonders
schätzenswert finden, sind die niedrigen Löhne und
die billigen Lebensmittelpreise. Dabei zählen
die deutschen Löhne sicher nicht zu den höchsten in Europa.
England, Schweden und Holland haben höhere Löhne als
Deutschland. Wenn aber eine Massenflucht von Industrie-
werken einsetzen sollte, dann wäre dies ein Beweis dafür,
wie hoch der Patriotismus der deutschen Unternehmer zu
veranschlagen ist.

Diskontsenkung und Arbeitsmarkt.

Am 5. Februar ist eine weitere Senkung des Reichs-
bankdiskonts auf 6 % in Kraft getreten. Zu der gleichen
Zeit wurde auch in andern Ländern eine Diskontsenkung
vorgenommen. Wie es zu geben pflegt, sind derartige Dis-
kontsenkungen der Notenbanken für die Produktions-
wirtschaft nicht sofort sichtbar. Zwar haben die Sparkassen
beschlossen, die Leihsätze für langfristige Hypotheken um
1/2 % zu ermäßigen. Aber im allgemeinen spürt man noch
wenig von den in rascher Folge eingetretenen Senkungen
des Diskontsatzes der Reichsbank. Auf die Entwicklung

des Beschäftigungsgrades hat diese Maßnahme noch wenig eingewirkt. Es muß nun abgewartet werden, ob die Zinsfälle für langfristige Kapitalien der Entwicklung der Zinsfälle für kurzfristige Gelder folgen wird. Wie bemerkt, sind gewisse Anzeichen in dieser Richtung vorhanden. Eine Belebung der Börse ist bereits eingetreten. Besonders waren Kurssteigerungen bei den festverzinslichen Werten zu verzeichnen. Die fortschreitende Verflüssigung der Geldmärkte wird immerhin zur Lösung der wirtschaftlichen Spannungen beitragen. Dem Arbeitsmarkt würde dies zugute kommen.

Gewerbe- und soziale Hygiene

Prüft die gesundheitliche Eignung bei der Berufswahl.

D. R. O. S. In wenigen Monaten werden Tausende und Abertausende von Knaben und Mädchen die Schule verlassen und sich für einen Beruf entscheiden müssen. So selbstverständlich es auch erscheint, daß neben der geistigen Befähigung die körperliche Eignung den Ausschlag geben sollte, so wenig wird diese von Lehrern und Ärzten schon seit langem erhobene Forderung tatsächlich beachtet, ja man kann es immer wieder erleben, daß über wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen gesundheitliche Rücksichten zunächst ganz und gar vergessen werden, bis die geschädigte Gesundheit — oft schon zu spät — daran erinnert, daß der schönste Beruf nichts taugt, wenn man ihm gesundheitlich nicht gewachsen ist. Falsch ist vor allem die Wahl eines Berufes, bei dessen Ausübung bereits vorhandene Krankheitserscheinungen sich verschlimmern könnten. So gehören junge Leute mit schwacher Lunge, mit tuberkulöser Belastung oder gar tuberkulöser Erkrankung in keinen Beruf, bei dem die Staubentwicklung besonders groß ist. Sie dürfen weder Textil- noch Tabak- oder Zementarbeiter werden, auch keine Mäler, Steinbauer, Schornsteinfeger, Töpfer oder Bürstenbinder. Falsch wäre es auch, wenn Menschen mit schwachem Herzen sich zum Schmiede- oder Schlosserhandwerk entscheiden würden oder wenn jemand, der von Haus aus schwache Augen hat, sich einem Beruf zuwenden wollte, der dauernde Naharbeit erfordert, wie das zum Beispiel beim Schreiber, beim Juwelier, beim Uhrmacher, Seher und Graveur der Fall ist. Bei einer Reihe von Berufen genügt noch nicht das Freisein von bedenklichen Krankheitsanlagen, es ist darüber hinaus eine besondere körperliche Veranlagung zu verlangen. So sollten die Anwärter jener Berufe, bei denen die Muskelkraft besonders stark in Anspruch genommen wird (beim Transportwesen, in der Bergbau- und Schwerindustrie) nicht allein vollkommen gesund sein, sondern auch über besonders gut entwickelte Muskeln verfügen. Ganz individuelle Eigenschaften erfordern diejenigen Berufe, bei denen der Arbeiter mit giftigen Material in Verührung kommt. Die hauptsächlich in Betracht kommenden Gifte sind das Blei, das Zink, das Quecksilber, der Phosphor und das Arsen. Alle diese Metalle spielen nicht allein bei der Verhütung eine Rolle, sondern auch in verschiedenen Gewerben, das Blei in der Schießerei und Segetrie, in der Glaserei und Töpferei, bei den Malern und bei den Lackierern, das Zink bei den Gießern, das Quecksilber bei Vergoldern und Bronzearbeitern, das Phosphor in der Zündholzfabrikation, das Arsen bei der Zellbeizung und in der Farbenindustrie. Die einzelnen Menschen verhalten sich verschieden gegenüber der Einwirkung dieser Gifte. Es gibt Menschen, die besonders empfänglich dafür sind und andere, die unempfindlich, „giftfest“, zu sein scheinen. Durch bestimmte Methoden versucht man neuerdings schon im gesunden Zustand festzustellen, wie weit der Einzelne diesen Giften gegenüber empfänglich ist. Bekanntlich fordern bereits seit langem verschiedene öffentliche Betriebe von ihren Stellengewähltern eine körperliche Eignungsprüfung oder zum mindesten eine Bescheinigung darüber, daß keine gesundheitlichen Bedenken gegen den gewählten Beruf vorliegen. Auch sonst liegen sich in vielen Fällen wenigstens die größten Mißgriffe in gesundheitlicher Beziehung vermeiden, wenn die Berufsämter und Schulärzte, deren Aufgabe es ist, die abgehenden Schüler vom gesundheitlichen Standpunkt bei ihrer Berufswahl zu beraten, gehört und vor allem er hört wurden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sowohl der Einzelne wie die Gesamtheit Nutzen davon hätten, denn es würde weniger Krankheiten geben und dadurch weniger menschliches Leid und weniger soziale Lasten, ganz abgesehen davon, daß auf diese Weise auch eine Hebung der Arbeitsqualität möglich wäre.

Vom Ausland

Internationaler Gewerkschaftskongress 1930 in Stockholm.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hat den fünften ordentlichen internationalen Gewerkschaftskongress nach Stockholm in Schweden einberufen. Er wird vom 7. bis 11. Juli 1930 abgehalten werden.

Die vorläufige Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Eröffnungsrede des Vorsitzenden und Begrüßungsansprachen. 2. Wahl der Mandatprüfungskommission und anderer Kommissionen. 3. Geschäftsbericht des Vorstandes, Kassenbericht und Bericht der Revisoren. 4. Das Wirtschaftsprogramm des Internationalen Gewerkschaftsbundes. 5. Das sozialpolitische Programm des Internationalen Gewerkschaftsbundes. 6. Abrüstung und Friedenspakt. 7. Die Gewerkschaftsbewegung in den Ländern ohne Demokratie. 8. Erledigung der eingebrachten Anträge. 9. Wahlen. 10. Bestimmung des Ortes des nächsten Kongresses.

Arbeiter-Olympiade 1931. Die Arbeiter-Sport-Internationale veranstaltet im Jahre 1931 in Oesterreich die zweite Arbeiter-Olympiade. Im Februar finden in Mürzzuschlag die Winterspiele und im Juli in Wien die Sommerspiele statt. Da die Gewerkschaften an der geistigen und körperlichen Ertüchtigung ihrer Mitglieder Interesse haben, sollen sie die Veranstaltung auch zu ihrer Sache machen. Sie ist nicht nur ein grosses sport-

Kostlandsarbeit.

Eine Straßensanktione schaffte in kalter Winterfonne; hacht im Frost und gräbt im Regen einem Wochenlohn entgegen. Buntgewürfel ist die Schar, jeder ein „was andres“ war.

Der dort im lehmbeschmutzten Rock, saß einst auf einem Schreiberbock; ein anderer, der Beamter war, ward abgebaut vor Tag und Jahr; der dritte ist zwar Arbeitsmann, doch schwächte ihn der Krankheit Zahn; nun ward er Schauffier, ungeführt, fährt Schotter an und spuckt und flucht; ein vierter — Abiturient, war einst Versicherungsagent. Der ist ein Maler, Tischler der; wo kommen all die Typen her?

Es packte sie bewegte Zeit endloser Arbeitslosigkeit und schleuderte das graue Heer hinab ins graue Elendsmeer. Der Mensch erstarb in dumpfer Qual; Der Mensch erstarb zu bloßer Zahl. Ein Ziel nur kennen alleamt: das Wohlfahrts- und das Arbeitsamt.

Ein Schrei erdröhnt, den keiner hört, ein Ruf, der Menschentum beschwört, ein Bitteln, das verhallen muß an anderer Frevelüberfluß. Verständnislos der Haufe schaut; er fleckt ja nicht in unsrer Haut.

O Kostlandsarbeit! Karges Brot! Dein ew'ger Gesang: Not! Not! Not! August Steinbrügger.

liches Ereignis, sondern soll vor allem auch dazu beitragen, dass der Gedanke der richtigen Verwendung der Freizeit der Arbeiter gefördert wird. Die einzelnen Gewerkschaften können ihr Interesse für die Sport-Internationale, die 2 Millionen Mitglieder zählt, am besten dadurch bekunden, indem sie dazu beitragen, dass in den Grossbetrieben bei der Urlauberteilung auf das grosse internationale Arbeiterfest Bedacht genommen wird.

Goldenes Jubiläum des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes. Der Amerikanische Gewerkschaftsbund feiert in diesem Jahre sein goldenes Jubiläum. Vor 50 Jahren wurde die amerikanische Landeszentrale in Pittsburgh gegründet. Bereits jetzt werden Vorbereitungen getroffen, um den in diesem Jahre in Boston tagenden 50. ordentlichen Kongress zu einer grossen Feier für die ganze amerikanische Gewerkschaftsbewegung zu gestalten.

Verchiedenes

Preisaußschreiben für Unfallverhütung.

Ein Preisaußschreiben, das sich weniger an Fachleute als vielmehr ganz allgemein an die Arbeiterschaft richtet, erläßt die Unfallverhütungsbild G. m. b. H. beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W 9, Köthener Straße 37, in ihrem neuesten Unfallverhütungskalender für das Jahr 1930 (zu beziehen von der Unfallverhütungsbild G. m. b. H.). Hier wird nur ganz allgemein eine Idee für ein Bild gesucht, das als Plakat für die Verbreitung des Unfallverhütungsgedankens verwendet werden kann. Als Preise sind hier ausgesetzt: Erster Preis 500 M., zweiter Preis 300 M., dritter Preis 200 M. Letzter Termin für die Einsendungen ist der 31. Mai 1930. Die Bildvorschläge sind auf einer Postkarte an den Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W 9, Köthener Straße Nr. 37, einzusenden. Kennwort „Kalenderpreisaußschreiben“. Auf der Vorderseite der Postkarte außerdem die genaue Anschrift des Einsenders, auf der Rückseite der Postkarte die Idee für das Bild. Andere Einsendungen bleiben unberücksichtigt. — Nicht die Ausführung, sondern die Idee wird gewertet!

Sommerkurs 1930 auf der Volkshochschule Comburg bei Schwäbisch Hall (Württemberg).

Vom 23. April bis 8. August 1930 findet der neue Sommerkurs für Arbeiter und Angestellte statt.

Der Unterricht erstreckt sich auf folgende Gebiete: Wirtschaftskunde; Grundfragen der Politik; Arbeitsrecht; Fragen der Weltanschauung und der Psychologie; Fragen der bildenden Kunst, Dichtung, Musik und Festgestaltung; Übungen im mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Sprache; Gesundheitsfragen.

Alter der Bewerber: mindestens 18 Jahre. Kosten: 250 M. für den Kurs, Unterkunft und Verpflegung unbegriffen. Teil- und Vollfreistellen stehen zur Verfügung.

Meldung mit Lebenslauf und Darlegung der geistigen Interessen bis zum 1. April an die Volkshochschule Comburg bei Schwäbisch Hall.

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwillig.

Erteilte Patente.

Nr. 75 c. 492 990. Sprühvorrichtung. Dipl.-Ing. Karl Ludwig, Hamburg 37, Hanfstraße 65.

Nr. 75 c. 492 729. Vorrichtung zum Zerstäuben von Farben unter Durchmischung der Farbe mit dem Zerstäubungsmittel. Gustav Gaiser, Feuerbach.

Nr. 75 c. 492 864. Verfahren zum Lackieren von perforierten Metallflächen. IG. Farbenindustrie AG., Frankfurt am Main.

Nr. 75 c. 492 655. Schriftschablone. Enrique Victoria Buenos Aires, Argentinien.

Nr. 75 c. 492 730. Messerschleibenwalze zur Nachahmung von Holzporen. Paul Butennandt, Lamsburg, Stelbech 146.

Angemeldete Patente.

Nr. 75 c. S. 87 706. Farbenzerstäuber. Leopold Spitz, Zürich.

Nr. 22 f. S. 42 827. Verfahren zum Schönen von Kupfer. Chem. Fabrik Halle-Amendorf, Gebr. Hartmann, Amendorf bei Halle.

Nr. 22 h. S. 73 799. Grundiermittel. Carl Speidel, Stuttgart, Heuffelstraße 73.

Gebrauchsmuster.

Nr. 75 c. 1 106 960. Zerstäuber für Farben, Lacke und dergleichen. Maschinenfabrik Laube, Kurt und Rud. Laube, Dresden-Alt., Blasewitzer Straße 68.

Nr. 75 c. 1 106 855. Pressluftzerstäubungsapparat. Albert Kraußberger, Holzhausen bei Leipzig.

Nr. 75 c. 1 107 241. Druckluftmalwerkzeug. Albert Kraußberger, Holzhausen bei Leipzig.

Nr. 75 c. 1 106 927. Deckenbürste mit Halter zum Aufsetzen derselben auf den Rand der das Streichmittel enthaltenden Gefäße. Dobinski & Schmidt, Kiel, Kaiserstraße Schuppen F.

Literarisches

„Der Beamte.“ Vierteljahresschichte für Beamtenrecht und Beamtenpolitik. Herausgegeben von Albert Fallert. Band 1 des 2. Jahrganges. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Straße 106. Bezugspreis 10 M. jährlich, 2,50 M. vierteljährlich. Die Zeitschrift hat sich seit ihrem Erscheinen durch ihre sachliche Haltung einen geachteten Namen erworben. Das erste Heft des neuen Jahrganges tut mit seinem reichhaltigen Inhalt einen mühenreichen Schritt vorwärts. Funktionäre der Gewerkschaften und Berufspolitiker finden in der Zeitschrift sowohl ein ausgezeichnetes Mittel zur grundsätzlichen Orientierung über die Beamtenfrage als auch eine reiche Auswahl an Beweismitteln für den beamtenpolitischen Tageskampf. Dem Heft ist ein Inhaltsverzeichnis des Jahrganges 1929 beigelegt. Bestellungen nimmt der Verlag und jede Postanstalt entgegen.

Ein Kapp-Putsch-Roman. In dem Roman „Caesar“ von Erich Kästner, der jetzt bei der Buchergilde Gutenberg, Berlin SW 61, in der Dreimarktferte dieser Gemeinnützigen der wertvollen Buchreihe erschienen ist, wird eine charakteristische Episode aus dem Kapp-Putsch zum Roman gestaltet. Der Untertitel sagt hinzu: Reboriageroman, also eine Verbindung von Reportage und Roman, von Berichterstattung und Dichtung. Diese Verbindung ist dem Autor geglückt. Wir erleben in diesem Buch wieder, wie die Reaktion die Bajonette aufmarschieren läßt, wie die Arbeiterregierungen stürzen, wie die Reichswehr ihre tödliche Etappe herunterrollen, wie die Arbeiter aufstehen und die Republik und die Revolution mit ihren Feindern befechten. Aber dann zeigt es wieder, daß die Arbeiter ihren Sieg nicht nutzen wissen. Mitteldeutschland ist der Schauplatz dieses Romans. Die Dutschken glauben, im Handumdrehen Herr zu werden und zu sein, als plötzlich die Arbeiter aufstehen und in einer fast unberechenbaren Weise Kompanie um Kompanie niederwerfen und empfindlichen Ersatzgruppen werden gestellt und gefangen genommen; aber die Zahl der Opfer wächst und schier unendlich ist der Trauertag, der die Leiden des Weltkriegs zur Spitze der letzten Ruhe trägt. Ein junger Arbeiter, der im Mittelpunkt des Romans steht, hat alle diese Kämpfe mitemgemacht. Als seine Kameraden ihre Waffen abgeben und den Rücken wieder unter die alte Bürde beugen, schloß er sich einer Gruppe aufständiger Urganisierter an und gerät mitten hinein in das Durcheinander von Verzweiflung und Wut, in die Aufopferung und unblutigen Tötungen. Er wird von Zeitfreiwilligen gefangen, wieder befreit und kehrt schließlich wieder in die Reihen seiner Kameraden zurück. Zahlreiche Illustrationen nach aktuellen Photographien erhöhen den Wert dieses prächtigen Buches, das eine große Beachtung verdient.

„Freiheits- und Arbeiter-Liederbuch.“ Zusammengefasst von Aug. Albrecht, 11. bis 20. Laufend, 80 Seiten, kartoniert 40 M. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 2 (Von allen Buchhandlungen zu beziehen). Die Freiheitslieder der Bauern aus den Bauernkriegen des Mittelalters, die Lieder der französischen und deutschen Revolution des Bürgerkriegs 18. und 19. Jahrhunderts, die Kampflieder der aufstrebenden sozialistischen Arbeiterschaft der Vorkriegszeit in Europa, auch die neuesten Freiheitslieder der russischen Revolution und der Arbeiter anderer Länder, aber auch unsere eigenen — entstanden nach dem Umsturz — sind beinahe lückenlos abgedruckt. Darüber hinaus sind Handwerks-, Gesellen- und Turnerlieder berücksichtigt.

„Soziale Bauwirtschaft.“ Verlag DGB, Berlin S 10, Anstaltstraße 6. Bezugsgebühr monatlich 75 P. Preis der einzelnen Nummer 90 P. Heft 3 der „Sozialen Bauwirtschaft“ enthält eine Rückschau auf die Wutwa, die Ausstellung für Wohnung und Vertrauen in Breslau. Unter Beigabe von 22 guten Abbildungen wird das auf der Ausstellung Gezeigte von Fritz Kroll kritisch gewürdigt.

Vom 24. Febr. bis 2. März ist die 9. Beitragswoche. Vom 3. März bis 9. März ist die 10. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Mannheim. Am 18. Januar starb nach langem schweren Leiden unser treues Mitglied Karl Day von Wiesenthal im Alter von 48 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

UMSONST

können Sie ein Doppelporträt nach jeder Photographie erhalten. Näheres durch Otto Köhler, Börzelerstraße 10.

1 unverheirateter, flotter

Holzmalerei

gesucht, der in allen Arbeiten firm und an selbständige Arbeiten gewöhnt ist. Materialkenntnisse und entsprechende Arbeitsausführungen unter Berücksichtigung der modernen Über- und Lackiertechnik sind Voraussetzung. Bei gutem Arbeitserfolg ausbaufähig.

Dauerstellung.

Schriftliche Bewerbungen unter Beifügung von Zeugnissen bzw. Arbeitsproben sind zu richten an die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter M. S. 31.